



Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf die Entwicklung

Im Jahr 2000 hatte die EU mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen geschlossen, nachdem nicht-AKP-Mitglieder eine Benachteiligung angemahnt hatten. In dem nun abgestimmten Bericht wurde eine überwiegend positive Bewertung gezogen: Das Wirtschaftswachstum in den AKP-Staaten profitiere vom gleichberechtigten Handel - nicht nur vom Handel mit der EU, sondern auch von dem untereinander. Dennoch sollten die Mitgliedsstaaten ihre Entwicklungshilfe weiter aufstocken, um beispielsweise Verbesserungen bei der Infrastruktur zu bewirken. Im Gegenzug müssten die AKP-Staaten Korruption und Missmanagement noch besser bekämpfen.

Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen

In ihren Erklärungen zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen ließen Vertreter des Rates und der Kommission offen, wie genau sich die EU positionieren sollte. Die EVP-Fraktion spricht sich dagegen klar gegen eine Aufnahme aus. "Wir begrüßen die Schließung des Gefängnisses ausdrücklich", betont Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, "jedoch muss das Sicherheitsbedürfnis der

EU-Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen!" Die USA sollten zunächst selbst in fairen Prozessen prüfen, wer schuldig ist und dann die adäquaten Konsequenzen ziehen. Es sei nicht Europas Aufgabe, den Schaden wieder gut zu machen. Darüber hinaus diskutierten Kommission, Rat und Parlament über behauptete Geheimlager der CIA in europäischen Mitgliedsstaaten. Alle waren sich einig, dass nationale Untersuchungen diesen Vorwürfen detailliert auf den Grund gehen sollten, um in Zukunft solche Vorkommnisse und Verwirrungen zu vermeiden.

Empfehlungen zum Klimawandel

In der Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 hat das Parlament in einem Bericht die Klimaziele der Union bis 2050 definiert. Der Bericht enthält einige konkrete Empfehlungen: So sollen beispielsweise bis 2020 alle neuen Gebäude energieneutral sein. Markus Ferber stellt klar: "Die Förderung erneuerbarer Energien hat große Priorität und muss vorangetrieben werden. Es ist jedoch vollkommen unrealistisch, dass wir mittelfristig ganz ohne fossile Brennstoffe auskommen!" Deshalb müsse eine Doppelstrategie gefahren werden, die den Umweltschutz und die Energieversorgungssi-

cherheit gleichermaßen berücksichtige.

Situation im Kosovo

In ihren Erklärungen beschrieben Rat und Kommission die Lage im Kosovo ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung als verhältnismäßig stabil. EULEX, die europäische Mission zur Unterstützung der örtlichen Behörden beim Wiederaufbau, leiste ganze Arbeit. Die EVP-ED-Fraktion kritisierte, dass noch zu viele Gerichtsverfahren gegen Gräueltäter des Krieges ausstünden. Außerdem sollten sich die serbischen Kosovaren ebenso an der Regierungsbildung beteiligen dürfen, damit ein dauerhafter Frieden gesichert werden könne.

Feierliche Sitzung

Mahmud Abbas, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde hat in einer hoch emotionalen Rede darum gebeten, den Krieg und das Leid der Zivilbevölkerung im Nahen Osten noch mehr wahrzunehmen und für Frieden in der Region zu sorgen. "Die Wiederaussöhnung des palästinensischen Volkes ist das wichtigste Ziel!" Ohne diese, das betonte auch der Präsident des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, werde es keinen Frieden in der Region geben.

